

Arbeiten am Zwischenbericht Teilgebiete auf der Zielgeraden

Gut zweieinhalb Jahre nach dem offiziellen Start des Standortauswahlverfahrens am 05. September 2017 in Berlin befinden sich die Arbeiten der BGE am Zwischenbericht Teilgebiete auf der Zielgeraden. Die ersten Jahre des Standortauswahlverfahrens waren geprägt vom Aufbau eines jungen, engagierten Teams, der Akquise und Homogenisierung der Datengrundlage für die Suche nach für die Endlagerung geeigneten geologischen Formationen und dem Kern des Verfahrens, der Vorbereitung der praktischen Anwendung von geowissenschaftlichen Kriterien für die Standortauswahl.

Im Herbst 2020 wird die BGE nun die ersten Zwischenergebnisse ihrer Arbeit im Zwischenbericht Teilgebiete veröffentlichen und mit ihm die im weiteren Verfahren näher zu betrachtenden Teilgebiete benennen, die günstige geologische Voraussetzungen für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle erwarten lassen. Damit wird der erste Schritt der Phase I im Standortauswahlverfahren abgeschlossen und die Grundlage für die Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der Fachkonferenz Teilgebiete gelegt.

Kassenschluss am 1. Juni 2020, Digitalisierungsarbeiten laufen weiter

Den ersten Schritt auf der Zielgeraden markiert die BGE nun mit dem Stichtag für die Datenerhebung zum Zwischenbericht Teilgebiete am 1. Juni 2020. Seit den ersten Datenabfragen in 2017 bekommt die BGE konstant Daten aus den Bundes- und Landesbehörden geliefert. Mit der Lieferung digitaler Daten erreichten die BGE auch Hinweise auf viele noch nicht digitalisierte Daten, die in analoger Form in den Archiven liegen. Mit der Weiterentwicklung der Anwendungsmethodik für die Umsetzung der Kriterien und Anforderungen des Standortauswahlgesetzes (StandAG) zeichnete sich ein erheblicher Digitalisierungsaufwand bspw. der noch immer größtenteils analog vorliegenden Risswerke ab.

Die in 2019 gestarteten Kampagnen zur Digitalisierung analog vorliegender Daten, bevorzugt zu Bergwerken und Schichtenverzeichnissen von Bohrungen, finden nun fortlaufend in den Archiven der Behörden statt. Für die Anwendung der Kriterien und Anforderungen auf der Zielgeraden zur Ermittlung der Teilgebiete kann die BGE jedoch zunächst nur die Dateneingänge bis zum 1. Juni 2020 betrachten. Eine Berücksichtigung aller nach dem 1. Juni 2020 bei der BGE eingegangenen Daten wird für die Arbeiten im Rahmen der Ermittlung von Standortregionen für übertägige Erkundung in Schritt 2 der Phase I erfolgen.

Hintergrund dieses Termins ist eine erforderliche Planungssicherheit im Zuge der Anwendung der Kriterien und Mindestanforderungen. Mit dem 1. Juni 2020 für den "Kassenschluss" wurde aus Sicht der BGE der spät möglichste Termin gewählt, um die Anwendung der in §§ 22 bis 24 StandAG festgelegten Kriterien und Anforderungen und die Berichtserstellung bis zum 30. September 2020 gewährleisten zu können.



i. V. Dr. Jörg Tietze
Bereichsleiter Standortauswahl